

Medienmitteilung

Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes – Ja mit Vorbehalten

Solothurn, 29. Januar 2013 – Der Regierungsrat befürwortet in seiner Vernehmlassungsantwort an das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation die Richtung der Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes, fordert jedoch eine Erhöhung der Bundesbeiträge und eine Ausweitung auf den Bereich der Sekundarstufe II.

Der Bundesrat hat als indirekten Gegenvorschlag zu der vom Verband Schweizer Studierendenschaften (VSS) eingereichten eidgenössischen Stipendieninitiative eine Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (Ausbildungsbeitragsgesetz) erarbeitet und sie in die Vernehmlassung an die Kantone gegeben. In seiner Vernehmlassung unterstützt der Regierungsrat die Richtung der vorgeschlagenen Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes. Er befürwortet vor allem das neue Verteilmodell der Bundessubventionen, welches neu die effektiven Aufwendungen der Kantone für ihre Ausbildungsbeiträge honoriert. Gleichzeitig schlägt er jedoch eine Erhöhung der Bundesbeiträge und eine Ausweitung auf den Bereich der Sekundarstufe II vor.

Der Regierungsrat ist weiter der Ansicht, dass die formellen Harmonisierungsbestimmungen des kantonalen Stipendienkonkordates ins Bundesgesetz aufgenommen werden sollten, mit Ausnahme der Ausweitung des Bezüger- und Bezügerinnenkreises auf Personen, die seit fünf Jahren über eine Aufent-

haltsbewilligung in der Schweiz verfügen. Dieser Passus hat dazu geführt, dass der Kantonsrat in seiner November-Session aus finanzpolitischen Gründen beschlossen hat, dem Stipendienkonkordat nicht beizutreten.

Der Regierungsrat stellt in seiner Vernehmlassung abschliessend fest, dass die vorgeschlagene Totalrevision an den zwei hauptsächlichen bekannten Mängeln des bestehenden Beitragssystems (stagnierende Aufwendungen bei steigenden Studierendenzahlen, unterschiedliche Leistungen der Kantone) wenig ändert und deshalb keine echte Alternative zur eidgenössischen Stipendieninitiative darstellt.